



Resolution

Eingebracht durch Ägypten

"Nutzung internationaler Wasserressourcen"

Die Kommission für Umwelt, Gesundheit und Entwicklung,

hoffend auf ein Erreichen der UN-Millenniumsziele zur Bekämpfung von Hunger und Armut bis zum Jahre 2015,

in Erinnerung rufend, dass zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und 436 Millionen Menschen weltweit weniger als 2,74 Liter Wasser pro Tag zur Verfügung haben,

darauf hinweisend, dass Wassermangel für Staaten, die stark von der Landwirtschaft abhängig sind, ein großes Problem darstellt ,

unter Berücksichtigung der Lage bestimmter Staaten, die stärker als andere auf grenzüberschreitende Gewässer als Süßwasserquellen angewiesen sind,

darauf hinweisend, dass der steigende Meeresspiegel viele Süßwasserquellen mit Salzwasser zu zerstören droht,

unter Hinweis auf die langfristigen Umweltschäden, die aus kurzzeitigen Handlungen während Wasserkonflikten entstehen,

mit tiefer Sorge zur Kenntnis nehmend, dass viele für die Wasserversorgung wichtige grenzüberschreitende Flüsse zunehmend an Verschmutzung leiden,

würdigend, dass einige Staaten Projekte zur Kontrolle und Verbesserung der Wasserqualität durchführen,

hervorhebend, dass eine funktionierende Wasserversorgung eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der LDCs ist,

betonend, dass verschmutztes Trinkwasser die Wasserkrise zusätzlich verschärft und weltweit an erster Stelle der Krankheitsursachen steht,

1. bemerkt, dass eine internationale, einheitliche Gesetzgebung die Regelung des Umgangs mit den Wasserressourcen vereinfachen würde;
2. fordert, dass die Staaten eine Einigung über eine gerechte Nutzung der globalen sowie der international grenzüberschreitenden Wasserressourcen anstreben;
3. ermutigt Industrieländer Entwicklungsländer mit Wassermangel durch nachhaltige, umweltfreundliche Entwicklungshilfe zu unterstützen;
4. ersucht die Industrienationen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um hauptsächlich in Entwicklungsländern die Modernisierung veralteter, nicht effizienter Bewässerungsmethoden umweltfreundlich zu unterstützen, sodass der Wasserverbrauch verringert wird;
5. legt dringend nahe, dass Abwässer aus Städten, Industrie und Landwirtschaft auf keinen Fall ungeklärt in Gewässer gelangen sollten;
6. kommt zu dem Schluss, dass eine Beschränkung der Privatisierung der Wasserversorgung erforderlich ist;
7. schlägt vor, dass sich maximal zehn Prozent der Wasserversorgung in privater Hand befinden dürfen;
8. verlangt, dass Projekte, die sich auf grenzüberschreitende Wasserressourcen beziehen und zu negativen Folgen für andere Staaten und zu langfristigen Umweltschäden führen könnten, vor ihrer Durchführung von allen beteiligten Staaten sowie einer Schiedskommission unabhängiger UN-Experten untersucht werden sollten, um möglichen Problemen vorzubeugen;
9. schlägt vor länderübergreifend wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen, um neue Methoden zur Wassereinsparung, Wasserleitung und besseren Wassernutzung zu finden;
10. beschließt sich weiterhin mit der Thematik zu befassen.